

aktuell



Wohnen muss leistbar werden!

- Zweckwidmung der Wohnbauförderung
- Maklergebühren nur für Vermieter
- Deckelung der Mietobergrenzen

„Rasch und unkompliziert leistbar machen“

Die Mieten sind in den letzten Jahren rasant angestiegen. Vor allem für Junge ist Wohnen kaum mehr erschwinglich. Das soll sich ändern. Die SPÖ will Wohnen leistbar machen – unter anderem durch eine Zweckwidmung der Wohnbaugelder, Mietzinsobergrenzen sowie eine grundsätzliche Änderung bei den Maklergebühren, die künftig vom Vermieter getragen werden sollen.

„90 Prozent der Mieterinnen und Mieter, die zu uns kommen, bezahlen zu hohe Mieten“, weiß Georg Niedermühlbichler – seines Zeichens Präsident der Mietervereinigung Österreich (MVÖ) – aus der Praxis zu

berichten. Hauptverantwortlich dafür sind die angespannte Situation am Wohnungsmarkt sowie der phantasievolle Umgang der Vermieter mit den Zuschlägen. Eine Zweckwidmung bei den Wohnbaufördergeldern sowie eine konkrete Aufzählung der Richtwert-Zuschläge verbun-





den mit einer Mietzinsobergrenze könnten Abhilfe schaffen. Auch eine Umwälzung der Maklergebühren von den Mietern zu den Vermietern würde eine sofortige Erleichterung bringen. Nötig dafür wäre lediglich eine entsprechende Verordnung des Wirtschaftsministers.

[>> ARTIKEL](#)

[>> IMPRESSUM](#)



Auf Rettungspaket für Zypern geeinigt

Nach langem Ringen einigten sich die Regierung Zyperns und die Finanzminister der Eurozone auf einen Rettungsplan für das Land und verhinderten damit in letzter Minute eine Staatspleite. Zypern wird zehn Milliarden Euro von ESM und IWF erhalten. Kleine Spar Guthaben unter 100.000 Euro werden entgegen des ursprünglichen Rettungsvorschlags der EU-Finanzminister - darunter auch VP-Ministerin Fekter -, von Sanierungsbeiträgen verschont. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament Hannes Swoboda begrüßt die Lösung. SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried fordert auch in Zypern die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

Der Auszahlung der zehn Milliarden Euro, die Zypern aus dem Europä-

ischen Stabilitätsmechanismus ESM und vom Internationalen Währungsfonds IWF erhält, müssen noch einige nationale Parlamente, darunter auch das österreichische, zustimmen. Das erste Geld soll im Mai fließen. Als Gegenleistung dafür sind auch harte Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben fällig. Zypern soll so in die Lage versetzt werden, bis 2020 eine Schuldenquote von 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen. Für die österreichischen Steuerzahler ist keine neue Belastung zu erwarten, da die notwendigen Beträge aus dem ESM bezahlt werden, der ja bereits eingerichtet wurde.

>> ARTIKEL

Kärnten



Mit neuer Bescheidenheit“ möchte Kärntens SPÖ-Vorsitzender Peter Kaiser als frisch gewählter Landeshauptmann die Politik im südlichsten Bundesland neu ordnen. Dafür setzt Kaiser auf einen möglichst breiten Konsens: Gemeinsam mit den Grünen und der ÖVP soll unter den Prämissen Transparenz, Fairness und Sparsamkeit das Beste für die Kärntnerinnen und Kärntner erreicht werden. Mit der Einigung auf eine „Zukunftscoalition“ aus drei Parteien und der konstituierenden Landtagssitzung wird das Ende der skandalträchtigen freiheitlichen „Brot-und-Spiele“-Politik in Kärnten endgültig besiegelt. Im Zuge der Landtagswahlen wurden Peter Kaiser und die SPÖ dafür auch mit dem notwendigen Vertrauen der

Historische

Bevölkerung ausgestattet. Mit Kaiser stellt die SPÖ nun erstmals fünf von neun Landeshauptleuten – ein eindrucksvoller Beleg für die regionalpolitische Kompetenz der Sozialdemokratie.

„Der 3. März hat für unsere Heimat die Chance und den Auftrag zur Veränderung gebracht, dem sich in



Koalitionseinigung

Kärnten nun erstmals eine Drei-Parteien-Koalition widmen wird“, sagte der neue Regierungschef Kaiser im Zuge einer Pressekonferenz zur Koalitionseinigung mit dem Chef der Kärntner Grünen, Landesrat Rolf Holub, und ÖVP-Landesrat Wolfgang Waldner. Gemeinsamer Sparwille „Wir werden uns gewiss nicht mehr

alles leisten können, sondern mit neuer Bescheidenheit die Prioritäten neu ordnen müssen“, skizzierte Kaiser die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen in Kärnten.

>> ARTIKEL

Kurz gemeldet

ARBEITSMARKT

SPÖ will leichteren Zugang zur sechsten Urlaubswoche



folia

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer hat die Diskussion bei einer Veranstaltung im Klub der Wirtschaftspublizisten ausgelöst, jetzt wird offensiv eine Reform der Voraussetzungen für eine sechste Urlaubswoche gefordert. Denn der Arbeitsmarkt hat sich längst ver-

ändert. Immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können die für den Anspruch notwendigen 25 Jahre bei ein und demselben Arbeitgeber vorweisen.

>> ARTIKEL

UMFRAGE

Faktor „Wohnen“ belastet finanziell am meisten

Das „Frauenbarometer“, die vierteljährliche Umfrage der Frauenministerin, beschäftigte sich dieses Mal mit Belastungsfaktoren der Österreicherinnen und Österreicher. „Vor allem die Frauen kommen mit ihrem Geld oft nicht aus und Wohnen ist die Belastung Nummer eins“, betont Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

>> ARTIKEL



fotolia

fotolia



GRÜNES LICHT FÜR GESUNDHEITSREFORM

Nachdem sich Bund, Länder und Sozialversicherungen geeinigt hatten, hat nun auch der Ministerrat sein O.K. für die Umsetzung des Gesundheitsreformgesetzes gegeben.

mehr >>

MEHR SICHERHEIT BEIM RADFAHREN

Am 31. März tritt die Novelle der Straßenverkehrsordnung für mehr Sicherheit für den Radverkehr in Kraft. Zukünftig können, so Verkehrsministerin Doris Bures, Städte und Gemeinden eigenständig über die Einrichtung von Fahrradstraßen entscheiden. **mehr >>**



fotolia

Unsere Abgeordneten

Wilke



Justizanstalt Josefstadt

„GRÖSSTER JUSTIZSKANDAL DER LETZTEN JAHRE“

Eine rasche und schonungslose Aufklärung zu den Vorwürfen in Sachen sexueller Übergriffe, Korruption und Drogenschmuggel in der Justizanstalt Josefstadt fordert SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. **mehr >>**

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim

WIRTSCHAFT

GMBH NEU ERLEICHTERT UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN

Durch die niedrige Kapitalausstattung von künftig 10.000 Euro statt wie bisher 35.000 Euro wird jungen Unternehmen die Gründung massiv erleichtert. **mehr >>**

*SPÖ-Wirtschaftssprecher
Christoph Matznetter*



Wilke

Wilke



Fachkräftepaket

BESSERE BILDUNGSCHANCEN FÜR GERING QUALIFIZIERTE

Das Fachkräftepaket schafft bessere Bildungs- und Aufstiegschancen vor allem für Klein- und Mittelverdiener und -verdienerinnen. **mehr >>**

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

BIENENSCHUTZ

MAULKORB-ERLASS

Die SPÖ fordert, dass der Einsatz von Neonicotinoiden – ein Insektizid, das für das Bienensterben mitverantwortlich ist – verboten wird. **mehr >>**

SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gaßner



Wilke



Bundesländer

SALZBURG

Verantwortung für das Land

Nach Ostern beginnt in Salzburg die Intensivphase des Wahlkampfs für den Urnengang am 5. Mai. „Verantwortung ernst nehmen“ ist das Motto von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Nach den Malversationen um Finanzspekulationen durch eine Salzburger Landesbeamtin ist die Ausgangssituation in Salzburg vor den Landtagswahlen nicht leicht. Koalitionspartner ÖVP mit



SPÖ-Salzburg

Wer übernimmt Verantwortung für Salzburg? Landeshauptfrau Gabi Burgstaller ist dazu bereit.

Parteichef Haslauer versuchte, sich mit Neuwahlen aus der Verantwortung zu stehlen.

[>> ARTIKEL](#)

TIROL

Das Land gerecht gestalten

SPÖ Tirol



[>> ARTIKEL](#)

Gerechtigkeit ist das zentrale Thema der SPÖ Tirol für die Landtagswahlen Ende April. Spitzenkandidat Gerhard Reheis kann auch mit persönlicher Glaubwürdigkeit bei diesem Thema punkten. Seit letztem Jahr steht Reheis an der Spitze der SPÖ Tirol. Der 58-Jährige aus dem Oberland, ehemals Imster Bürgermeister, ist als profunder Sozialpolitiker auch parteienübergreifend geschätzt. Gerechtigkeit ist so auch konsequenterweise der Schwerpunkt der Tiroler SPÖ für die Landtagswahlen am 28. April.

ROTE FALKEN & KINDERFREUNDE

Falken-Pfingstlager 2013 in Wien



Kinderfreunde

Alle drei Jahre treffen sich Kinderfreunde- und Rote Falken-Gruppen aus ganz Österreich zu Pfingsten zu einem Zeltlager irgendwo in Österreich. Dieses Jahr geht es nach Wien. Wann hat man

schon die Gelegenheit, mit der U-Bahn zum Zeltplatz zu fahren? Oder am Lagerfeuer zu sitzen mit der Skyline einer Millionenstadt als Kulisse?

[>> ARTIKEL](#)

PENSIONISTENVERBAND

Nein zu „Zwei-Klassen-Medizin“

PVÖ



Medizinische Leistungen dürfen nicht von der Geldbörse abhängen! Ein klares Nein kommt von Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha zu Sparvorschlägen bei oberösterreichischen Spitalspatienten. Auslöser war ein Bericht, wonach der oberösterreichische Spitalsbetreiber GESPAG die höchste Qualitätsstufe bei künstlichen Hüftgelenken nur mehr einem bestimmten Prozentsatz von Patienten zur Verfügung stellen wollen.

[>> ARTIKEL](#)

~~TOP!~~ ~~FLOP!~~



FLOP: DÖRFLER

Wechsel in das Gremium, das er eigentlich abschaffen wollte: den Bundesrat. Nach Wochen der internen Machtkämpfe muss Dörfler nun doch das Feld räumen. [mehr >>](#)



APA

MIETERVEREINIGUNG

Nicht bloß als Wahlkampf-Thema, sondern seit mehr als 100 Jahren setzt sich die sozialdemokratische Mietervereinigung für die Verbesserung und Sicherheit fairer Rahmenbedingungen im Wohnen ein. [mehr >>](#)

HOCHSCHULEN

VSStÖ-Modell zur sozialen Absicherung von Studierenden

Viele Studierende leben am Existenzminimum. Durchschnittlich müssen sie mit 867 Euro Gesamtbudget auskommen. Davon müssen Miete, Essen, und alles was es zum Studieren braucht, beglichen werden. Der Verband Sozialistischer Student_innen (VSStÖ) stellte ein Modell vor, das Studierende nun besser sozial absichert. Zum einen soll es eine Basisförderung geben, die aus einer reformierten Familienbeihilfe, die direkt an die Stu-



Lehmann

dierenden ausbezahlt werden soll, sowie einem Jugendticket für ganz Österreich bestehen soll.

[>> ARTIKEL](#)

Frauenförderung macht Betriebe erfolgreicher

Die Frauenministerin und SPÖ-Frauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek präsentierte bei einem Besuch der Firma Ankerbrot Maßnahmen zur Frauenförderungen in Betrieben und stellte den Großbäcker dabei gleich als best-practice-Beispiel vor. Betriebliche Frauenförderung, Frauenquoten, Gehaltstransparenz sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind nicht nur für die Frauen sondern für die Betriebe selbst von Vorteil. „Es ist wichtig, dass Frauenförderung innerbetrieblich passiert,



Gabriele Heinisch-Hosek war auf Betriebsbesuch bei der Firma Ankerbrot.

denn Unternehmen mit gemischten Führungsteams sind wirtschaftlich erfolgreicher.

>> ARTIKEL

UNGARN: ZWISCHEN HOFFNUNG UND SORGE

Dienstag, 9. April 2013, 19 Uhr

Ort: Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog, Armbrustergasse 15, 1190 Wien. Anmeldung: Tel.: 3188260/20, Fax: 318 82 60/10, e-mail: einladung.kreiskyforum@kreisky.org **mehr >>**

DER STREIT UM DIE FESTPLATTENABGABE



Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik ÖKUPO zur Podiumsdiskussion ins Parlament.

Montag, 15. April 2013, 18 Uhr

Ort: SPÖ-Klub im Parlament, Haupteingang, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1010 Wien **mehr >>**

picturedesk



Fotolia

aktuell

➔ Zur Ausgabe Nr. 6

**Wahlkampfleiter
Norbert Darabos:**

**„Direkten Kontakt
mit Bevölkerung
intensivieren“**